Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3842
23. 02. 96

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 28. Februar 1996

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44
Behrendt, Wolfgang (SPD)	55, 56
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46
Caspers-Merk, Marion (SPD)	5, 6
Conradi, Peter (SPD)	19, 20
Erler, Gernot (SPD)	16, 17
Gansel, Norbert (SPD)	12, 13
Haack, Karl-Hermann (Extertal) (SPD)	35, 36
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	27, 28
Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.)	21, 22
Irber, Brunhilde (SPD)	50, 51
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	7
Kirschner, Klaus (SPD)	8, 9
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	31, 32
Kubatschka, Horst (SPD)	52, 53
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	14, 15
Dr. Lippelt, Helmut (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	23, 24
Mascher, Ulrike (SPD)	39, 40
Müller, Christian (Zittau) (SPD)	57, 58
Nachtwei, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48
Özdemir, Cem (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18
Ostertag, Adolf (SPD)	37, 38
Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	25, 26
Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	41, 42
Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 54
Teiser, Michael (CDU/CSU)	49
Thönnes, Franz (SPD)	33, 34
Wallow, Hans (SPD)	3, 4
Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU)	29
Wonneberger, Michael (CDU/CSU)	59, 60

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

1. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sind der Bundesregierung Meldungen der Zeitschrift Nuclear Fuel vom 12. Februar 1996 bekannt, wonach laut Angaben des russischen Atomministeriums eine Lieferung von hochangereichertem Uran aus Rußland auf keine Fall allgemein an Euratom bzw. an die Versorgungsagentur erfolgen würde, sondern in jedem Fall Verträge mit dem Endabnehmerland und dem Reaktorbetreiber erforderlich seien, und wäre die Bundesregierung bereit, auch einen direkten Liefervertrag mit Minatom abzuschließen?

2. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Verträge zwischen welchen Vertragsparteien sind für den Fall einer Lieferung von russischem waffenfähigen Uran für den FRM-II-Reaktor über die Euratom-Versorgungsagentur notwendig?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

3. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß in den Jahren 1990 bis 1994 bei der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) Fahrkosten bzw. Tagegelder für die Ehefrau des Geschäftsführers gezahlt wurden (s. Artikel im SPIEGEL vom 19. Februar 1996)?

4. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Tatsache, daß dem DEG-Geschäftsführer nach seinem Dienstantritt fünf Jahre lang eine doppelte Haushaltsführung zugebilligt wurde, und wie reagiert sie auf die bei der DEG jährlich angefallenen Bewirtungskosten in Höhe von 200 000 DM?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

5. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie lange im Durchschnitt Genehmigungsverfahren für gewerbliche Investitionsvorhaben in Deutschland und in den europäischen Staaten dauern, und wie reagiert die Bundesregierung auf die Ergebnisse der empirischen Untersuchung der Genehmigungsverfahren für gewerbliche Investitionsvorhaben der Infratest Industria GmbH, daß die Industrie vor allem an Planungssicherheit interessiert und die durchschnittliche Dauer der Genehmigungsverfahren kein Problem ist?

6. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, Vorschläge zur Verbesserung der Genehmigungsverfahren, die vor allem eine stärkere Kundenorientierung, ausreichend Personalausstattung sowie kontinuierliche technische Weiterbildung und Koordinierungsstellen in den Behörden empfehlen, aufzugreifen, und was tut die Bundesregierung, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch Betonung des grundsätzlich positiven Images der Genehmigungsverfahren zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

7. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)

Welche Organisationen waren bisher mit der Durchführung des deutsch-tschechischen Jugendaustausches beauftragt, und welche zusätzlichen Organisationen werden im Jahre 1996 mit dieser Aufgabe betraut?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

8. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)

Wie hoch beläuft sich nach Vorausschätzung des Bundesministers für Gesundheit die nach § 270a SGB V zu ermittelnde durchschnittliche Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einkommen der Mitglieder aller Krankenkassen für das Jahr 1996, die der Bundesminister für Gesundheit bis zum 15. Februar eines jeden Jahres zu treffen hat?

9. Abgeordneter **Klaus Kirschner** (SPD)	Wie lautete die jeweilige Vorausschätzung des Bundesministers für Gesundheit nach § 270a SGB V in den Jahren 1993, 1994 und 1995, und wie sieht die endgültige Veränderungsrate aus, die der Bundesminister für Gesundheit jeweils bis zum 1. Juli für das Vorjahr festzustellen hat?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

10. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung Militärberater nach Marokko sendet, und wenn ja, seit wann?
11. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß angesichts der Tatsache, daß der Konflikt Marokko/Polisario noch nicht gelöst ist und Marokko bisher das von den VN angesetzte Referendum verhindert, Militärberater in ein Spannungsgebiet geschickt werden?
12. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)	Welche Informationen hat die Bundesregierung über das Schicksal des indonesischen Politikers Dr. Sri Bintang Pamungkas, der in Indonesien wegen Äußerungen in Deutschland während des Besuchs des indonesischen Staatspräsidenten Suharto im April vergangenen Jahres in Indonesien angeklagt worden ist, und hat die Bundesregierung die indonesische Regierung darüber informiert, daß ein unfaires Verfahren und eine Verurteilung von Dr. Sri Bintang Pamungkas die deutsch-indonesischen Beziehungen belasten könnten?
13. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)	Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Situation des deutschen Staatsangehörigen Dirk Hasert, der Opfer einer Geiselnahme in Kaschmir geworden ist, und was hat die Bundesregierung zu seiner Befreiung unternommen?

14. Abgeordneter **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika bei seinem letzten Besuch in der Russischen Föderation das Gespräch mit allen in der Staatsduma vertretenen Fraktionen suchte und damit eine Aufwertung dieses demokratischen Verfassungsorgans bewirkte, die Abstinenz des Bundeskanzlers hinsichtlich eines analogen Vorgehens, und was versteht die Bundesregierung qualitativ als Äquivalent für die Stärkung demokratischer Strukturen durch intensiven Dialog mit den Gruppen und Parteien der Staatsduma der Russischen Föderation?

15. Abgeordneter **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Welche politischen Schritte gedenkt die Bundesregierung in der Frage der Geiselnahme in Kaschmir zu unternehmen, um eine zunehmende Gefährdung der Geiseln angesichts der sich zuspitzenden Lage in Kaschmir zu verhindern, nachdem der Appell des Bundesministers des Auswärtigen zur Freilassung der Geiseln vom 8. Februar dieses Jahres ohne Resonanz blieb, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, auf die indische Regierung mit dem Ziel einer baldigen politischen Lösung des Konflikts einzuwirken?

16. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über eine mögliche oder tatsächliche serbische C-Waffen-Produktion, z. B. in den Orten Lucani und Krusevak, sowie über die Verlagerung von entsprechenden Produktionsfazilitäten nach Serbien-Montenegro?

17. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine mögliche oder tatsächliche serbische C-Waffen-Produktion unter internationale Kontrolle zu bringen, und warum ist die Frage von einer C-Waffen-Produktion in Exjugoslawien nicht in den rüstungskontrollpolitischen Teil des Dayton-Abkommens (Appendix 1 B) aufgenommen worden?

18. Abgeordneter **Cem Özdemir** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Türkei in der Region Sivas Dörfer von Angehörigen der alevitischen Glaubensgemeinschaft von türkischen Sicherheitskräften unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung zwangsgeräumt werden, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

19. Abgeordneter **Peter Conradi** (SPD)

Wie hoch waren 1994 die Personalaufwendungen des Bundes für die Bezahlung der Bundesbeamten (nur die Gehälter der aktiven Beamten, keine Versorgungsleistungen), und wie hoch waren die Aufwendungen des Bundes für die Beihilfe für Krankheiten, Kuren usw. der aktiven Beamten?

20. Abgeordneter **Peter Conradi** (SPD)

Wie hoch wären die Aufwendungen des Bundes 1994 gewesen, wenn er die aktiven Beamten als Arbeitgeber gegen Krankheit bei der AOK oder bei einer Ersatzkasse hätte versichern lassen?

21. Abgeordneter **Dr. Burkhard Hirsch** (F.D.P.)

Welche Staaten haben das Zweite Zusatzprotokoll vom 2. November 1993 zum Übereinkommen des Europarates zur Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern von 1962 gezeichnet sowie ratifiziert, und wann ist es in Kraft getreten?

22. Abgeordneter **Dr. Burkhard Hirsch** (F.D.P.)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung die Ratifizierung dieses von ihr gezeichneten Zusatzprotokolls einzuleiten?

23. Abgeordneter **Dr. Dietrich Mahlo** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Pressemitteilungen („Jean Barbier verkauft seine Afrika-Sammlung", DIE WELT vom 9. Februar 1996) bestätigen, wonach der genannte Schweizer Sammler die ozeanische Kunst seiner Sammlung größtenteils aus DDR-Museen erwarb, und ggf. welche Lücken haben diese Verkäufe aus deutschen öffentlichen Sammlungen nach Erkenntnis der Bundesregierung hinterlassen?

24. Abgeordneter **Dr. Dietrich Mahlo** (CDU/CSU)

Ist die Bundesrepublik Deutschland, ähnlich wie Frankreich, bereit, sich um Teile der genannten Schweizer Sammlung zu bemühen, angesichts der Tatsache, daß außereuropäische Kunst seit den zwanziger Jahren nicht mehr in bedeutendem Umfang in öffentliche deutsche Sammlungen gelangt ist?

25. Abgeordneter **Dietmar Schlee** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die in einzelnen Schengen-Staaten offenbar zunehmenden nationalstaatlichen Alleingänge, wie etwa die Wiedereinführung von Personenkontrollen durch Frankreich an den Binnengrenzen, die unterschiedlichen polizeilichen Maßnahmen Frankreichs und der Niederlande zur Eindämmung der Drogenkriminalität oder die Behandlung von Auslieferungsersuchen nach terroristischen Straftätern zwischen Belgien und Spanien, und sieht sie darin nicht den Beginn einer Aushöhlung von Geist und Wortlaut des Schengener Durchführungsübereinkommens?

26. Abgeordneter **Dietmar Schlee** (CDU/CSU)

Welche Gesichtspunkte hindern die Bundesregierung, den Entwurf eines Ratifizierungs- und Ausführungsgesetzes zum Europol-Übereinkommen vorzulegen, und treffen insbesondere Informationen zu, nach denen es neben sachlichen Meinungsverschiedenheiten mit den Bundesländern auch Schwierigkeiten mit der sog. Vorabentscheidungskompetenz des Europäischen Gerichtshofes gibt, deren sofortige Verankerung im Übereinkommen nunmehr doch Voraussetzung für die Ratifizierung in den Mitgliedsländern sein soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

27. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)

Plant die Bundesregierung, daß künftig Landwirte beim Wechsel von der Regelbesteuerung zur Durchschnittssatzbesteuerung nach dem Umsatzsteuergesetz für diejenigen Wirtschaftsgüter, die sie nach dem 31. Dezember 1995 erstmals im landwirtschaftlichen Unternehmen verwendet haben, die Vorsteuer berichtigen müssen, soweit der Berichtigungszeitraum noch nicht abgelaufen ist?

28. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)

Ist es zutreffend, daß ein Landwirt bei der Option zur Regelbesteuerung keinen anteiligen Vorsteuerabzug für die während der Pauschalierung angeschafften Wirtschaftsgüter erhält, und welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung?

29. Abgeordneter
Simon Wittmann (Tännesberg)
(CDU/CSU)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Tatsache, daß aufgrund der Benzin- und Tabakpreise in Tschechien das flächendeckende Tankstellensystem und der Tabakhandel in den grenznahen deutschen Gebieten zusammenbrechen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, hier durch administrative oder gesetzgeberische Maßnahmen (z. B. durch eine Nachversteuerung beim Tanken und durch eine Reduzierung der Freimengen bei Zigaretten) gegenzusteuern?

30. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liegen der Bundesregierung Informationen vor, von welchen Herstellerfirmen die in den Jahren 1991 bis 1995 in Deutschland beschlagnahmten unverzollten Zigaretten jeweils stammten, und hinsichtlich welcher Unternehmen verfügt die Bundesregierung – ebenso wie die italienische Justiz bezüglich der Firma Philip Morris (vgl. Hamburger Abendblatt vom 20. Februar 1996) – möglicherweise über Anhaltspunkte für den Verdacht, daß die Zigaretten in Absprache mit den Fabrikanten eingeschmuggelt worden sein könnten, um deren Marktanteil zu steigern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

31. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)

Hat die Meiereigenossenschaft HANSA-Milch Mecklenburg-Holstein eG für ihr Unternehmen in Upahl (Mecklenburg-Vorpommern) Fördermittel oder sonstige finanzielle Hilfen durch den Bund oder die EU erhalten, und wenn ja, in welcher Höhe sind diese Mittel zur Verfügung gestellt worden (vgl. Segeberger Zeitung vom 14. und 16. Februar 1996)?

32. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, und wenn ja, wie reagiert sie darauf, daß die HANSA-Milch aufgrund von Überkapazitäten im Werk Upahl ihre Werke in Schleswig-Holstein (Rendsburg und Leezen) schließen und ca. 300 Beschäftigte entlassen will, obwohl diese Firmen erfolgreiche Bilanzen ausweisen?

33. Abgeordneter **Franz Thönnes** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Arbeitsplatzverluste, die mit den Planungen der Geschäftsleitung der HANSA-Milch Genossenschaft einhergehen, wonach zur Erhöhung der Rentabilität des mit Bundes- und Europamitteln in Höhe von 100 Mio. DM geförderten Werks in Upahl (Mecklenburg-Vopommern) die bisherigen Produktionsstandorte in Leezen mit 100 Arbeitsplätzen und in Rendsburg mit 120 Arbeitsplätzen geschlossen werden sollen, im Hinblick auf die (weitere) mit Auflagen verbundene Förderung des Werks in Upahl?

34. Abgeordneter **Franz Thönnes** (SPD)

Welche Möglichkeiten einer konkreten Hilfe zur Sicherung der bedrohten Arbeitsplätze an den schleswig-holsteinischen Produktionsstandorten sieht die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

35. Abgeordneter **Karl-Hermann Haack (Extertal)** (SPD)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung einen Referentenentwurf zum Sozialgesetzbuch IX, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, vorzulegen?

36. Abgeordneter **Karl-Hermann Haack (Extertal)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Äußerungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung bestätigen, daß im Zuge der Reform ca. 4 Mrd. DM eingespart werden sollen?

37. Abgeordneter **Adolf Ostertag** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die ablehnenden Erklärungen aus der deutschen Wirtschaft angesichts der in der Kanzlerrunde vereinbarten Förderung der Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer?

38. Abgeordneter **Adolf Ostertag** (SPD)

Müssen nach dem neuen Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz Arbeitslosenhilfeempfänger vorrangig einen Antrag auf Gewährung einer Versichertenrente stellen, auch wenn sie dabei einen jährlichen Abschlag von 3,6% in Kauf nehmen müssen?

39. Abgeordnete **Ulrike Mascher** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten für die gesetzliche Rentenversicherung nach der Neuregelung der Frühverrentung ein, nachdem immer neue steigende Zahlen über die Inanspruchnahme der Vertrauensschutzregelung veröffentlicht werden?

40. Abgeordnete **Ulrike Mascher** (SPD)

Wie wirken sich nach Schätzungen der Bundesregierung diese finanziellen Belastungen auf die gesetzlich vorgesehene Schwankungsreserve von einer Monatsausgabe bei der gesetzlichen Rentenversicherung aus, bzw. ist ein Beitragsanstieg auch nach der „Korrektur" der Frühverrentungspraxis vorprogrammiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

41. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)

Ist es aus Sicht der Bundesregierung ökologisch sinnvoll und als wegweisende Maßnahme zukunftsweisend, einen verstärkten Einsatz von Regenwasser als Brauchwasser auch bei der Bundeswehr (z. B. beim Waschen der Fahrzeuge und Gerätschaften) einzuführen?

42. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)

Gibt es konkrete Planungsaufträge des Bundesministeriums der Verteidigung für eine ökologisch sinnvolle Regenwassernutzung, und wenn ja, in welchem Umfang?

43. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie reagiert die Bundesregierung politisch und dienstrechtlich – auch im Hinblick auf eine eventuelle Strafbarkeit – vor dem Hintergrund von Joachim Hoffmanns ehemaliger Zugehörigkeit zum Militärgeschichtlichen Forschungsamt auf dessen Veröffentlichung „Stalins Vernichtungskrieg 1941 – 1945" und die darin enthaltenen Äußerungen zum „Auschwitzproblem" und die

Aussagen, er habe für die „Gasangelegenheit" keine Beweise finden können, bei der Zahl von sechs Millionen ermordeter Juden handele es sich „um eine Zahl der Sowjetpropaganda" und „eigentlich sei Stalin genauso schuld gewesen am Rußlandfeldzug wie Hitler" (die tageszeitung vom 27. Dezember 1995)?

44. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche „Freiheiten", für die Joachim Hoffmann im Vorwort seines Buches „Stalins Vernichtungskrieg 1941 – 1945" „seinen besonderen Dank" ausspricht, sind dem ehemaligen Wissenschaftlichen Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr von dessen Amtschef, Brigadegeneral Dr. G. R., gewährt worden?

45. Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Verhandlungen, für die Joachim Hoffmann im Vorwort seiner Veröffentlichung „Stalins Vernichtungskrieg 1941 – 1945" der Amtskollegin im Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Frau K. H., dankt, hat diese für ihn im Zusammenhang mit der o. g. Veröffentlichung in Moskau geführt?

46. Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Bundesbeamte oder Angestellte des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes waren in jeweils welcher Weise an der Veröffentlichung „Stalins Vernichtungskrieg 1941 – 1945" beteiligt?

47. Abgeordneter **Winfried Nachtwei** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung angesichts der großen Öffentlichkeitswirkung der Veröffentlichung „Stalins Vernichtungskrieg 1941 – 1945" von Joachim Hoffmann (so in „DER SPIEGEL" vom 5. Februar 1996) und der Beteiligung mehrerer Bundesbeamter dem Eindruck entgegenwirken, es handele sich bei den Ansichten von Joachim Hoffmann nicht nur um die Meinung eines einzelnen, sondern um eine im Militärgeschichtlichen Forschungsamt vorhandene geistige Strömung?

48. Abgeordneter **Winfried Nachtwei** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die unter Beteiligung von Bundesbeamten des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes zustande gekommene Veröffentlichung „Stalins Vernichtungskrieg 1941 – 1945" eine bestärkende Wirkung auf die rechtsextreme Szene haben wird, wenn ja, wie will sie dieser Wirkung entgegenzuwirken, und wenn nein, aus welchen Gründen teilt sie diese Auffassung nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

49. Abgeordneter **Michael Teiser** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß über in der Bundesrepublik Deutschland steuerbegünstigten Schiffsbeteiligungsmodellen zu mehr als 60% die Produktion von Schiffen auf außerhalb der Europäischen Union gelegenen Werften, insbesondere in Polen und Südkorea, gefördert wird, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den dafür erforderlichen Förderbetrag von fast 750 Mio. DM aus Steuergeldern auf deutsche oder auf Werften innerhalb der EU zu konzentrieren?

50. Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD)

Welche Folgerungen für die Planungen zum Ausbau der Donau hat die Bundesregierung aus der fachlichen Stellungnahme der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie zur Umweltverträglichkeitsstudie „Bundeswasserstraße Donau, Ausbau Straubing-Vilshofen – Raumordnungsverfahren" vom 30. April 1993 gezogen, die zum Ergebnis kommt, „daß die Ziele des Gewässerrandstreifenprojektes ‚Mündungsgebiete der Isar' durch den geplanten Ausbau der Donau für große, bedeutende Teile des Gebietes erheblich in Frage gestellt werden und daß die Ziele des Projektes und die Auswirkungen des geplanten Donauausbaus auf das Projekt in der Umweltverträglichkeitsstudie und der Ausbauplanung bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurden"?

51. Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die in der fachlichen Stellungnahme der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie vom 30. April 1993 geäußerte Ansicht, die im Fall des ursprünglich geplanten Staustufenbaus „nicht vermeidbaren Beeinträchtigungen" seien „nicht funktional ausgleichbar", womit „erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigungen des Naturhaushalts" verblieben?

52. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Welche Folgerungen für ihre Pläne zum Ausbau der Donau zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der von Dr. Hans Bernhart (Universität Karlsruhe) durchgeführten Computersimulation, wonach auch mittels flußbaulicher Maßnahmen eine Abladetiefe von zumindest 2,50 m gewährleistet werden kann?

53. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Beinhalten die von der Bundesregierung bisher in Auftrag gegebenen und von der Bundesanstalt für Wasserbau koordinierten ergänzenden Untersuchungen zum Ausbau der Donau auch eine Computersimulation der mittels der von Dr. Hans Bernhart zugrunde gelegten flußbaulichen Maßnahmen erreichbaren Fahrrinnentiefe, und falls nein, ist die Bundesregierung bereit, die von Dr. Hans Bernhart gewonnenen Ergebnisse in die ergänzenden Untersuchungen einfließen zu lassen, indem Dr. Hans Bernhart als neutraler Fachgutachter an den Untersuchungen beteiligt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

54. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kosten – etwa für die Begleitung durch den Bundesgrenzschutz – sind dem Bund im Zusammenhang mit dem Transport von Brennelementen aus dem Kernkraftwerk Lubmin in das ungarische Atomkraftwerk Paks im Februar 1996 entstanden, und in welchem Umfang können und sollen diese Kosten jeweils von den durchquerten Bundesländern und Staaten sowie den Betreibern der beteiligten Atomanlagen erstattet werden?

55. Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf die Stillegung des nach einhelliger Expertenauffassung besonders gefährlichen Atomkraftwerks Kosloduj in Bulgarien hinzuwirken und Anstöße zu einer umweltfreundlichen Energieversorgung Bulgariens zu geben?

56. Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Kernreaktoren von Tschernobyl durch ein neues Gaskraftwerk ersetzt werden, und ist die Bundesregierung bereit, dieses Verfahren als Modell für die Stillegung osteuropäischer Atomkraftwerke sowjetischer Bauart zu unterstützen?

57. Abgeordneter **Christian Müller (Zittau)** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, in welcher Weise die Naturschutzverbände in der Lausitz in die Sanierungsplanung der Braunkohle einbezogen sind?

58. Abgeordneter **Christian Müller (Zittau)** (SPD)

Kann die Bundesregierung darüber Aufkunft geben, welche Mitglieder des Naturschutzbundes oder anderer Umweltorganisationen mit welchem Votum an der Verabschiedung der Sanierungsrahmenpläne in Ostdeutschland, insbesondere in den Ländern Brandenburg und Sachsen, beteiligt waren und sind?

59. Abgeordneter **Michael Wonneberger** (CDU/CSU)

Gibt es nach Meinung der Bundesregierung einen Zusammenhang zwischem dem SPIEGEL-Artikel „Sprengen und rütteln" vom 8. Februar 1996 zum Thema „Sanierung der Braunkohlefolgelandschaften" in Deutschland und dem Brief des Naturschutzbundes Deutschland vom 13. Januar 1996 an die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Angela Merkel, und kann sie die Aussagen in den genannten Verlautbarungen bestätigen?

60. Abgeordneter **Michael Wonneberger** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung den Brief des Naturschutzbundes Deutschland vom 13. Januar 1996 beantwortet, und wenn ja, mit welcher inhaltlichen Aussage?

Bonn, den 23. Februar 1996

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (0 22 42) 92 40-0, Telefax (0 22 42) 8 31 79
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333